

Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen
und die Nummern der Postanstalten
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Nebensparteien
bestellen die Anzeigen aus Aue und
Umgebung zu Goldpreisen, aus
weiteren Gegenden zu Goldpreisen
Netto-Preisen zu Goldpreisen
amtliche Zeit zu Goldpreisen.

Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 283

Sonntag, den 6. Dezember 1925

20. Jahrgang

Die Türkei rüstet für einen Mossulkrieg.

London, 4. Dezember. Der Korrespondent der Westminster Gazette in Angora weist darauf hin, daß die Türken gegenwärtig trotz der fortwährenden Unterdrückung des kurdischen Aufstandes große Summen Geldes für Rüstungen ausgeben und erklärt, alle Türken, mit denen er gesprochen habe, seien der Ansicht, daß die Türkei den Kampf mit den Waffen aufnehmen werde, wenn die Entscheidung in der Mossulfrage für sie unannehmbar sei. Westminster Gazette bemerkt dazu, der große Ernst der Lage sei in Londoner amtlichen Kreisen wohl bekannt und weist auf die drohende Gefahr hin, wenn man es dazu kommen lasse, daß die Türkei das kritische Gebiet gewaltsam besetze und England nur die Waal laß, es weder eine schwere Demütigung zu erdulden oder die gewaltsame Wiedereroberung zu versuchen. Das Blatt rät zu einer Verständigung mit der Türkei, die keineswegs so unvorzähllich sei wie manche behaupten.

Der Völkerbundsrat, der soden zu seiner 37. Tagung zusammengetreten ist, beschäftigt sich wiederum mit allen aktuellen Fragen der internationalen Politik. Nicht ohne Bangen aber wird der Behandlung des Punktes der Tagesordnung entgegengesehen, welcher sich mit der Grenzfestlegung zwischen der Türkei und Irak beschäftigt, worunter man kurz den Streit um Mossul versteht. Der Völkerbund hat sich schon auf der Septembertagung mit dieser Angelegenheit befaßt und hat dann zur Klärung des juristischen Sachverhaltes den Haager Internationalen Gerichtshof anrufen. Wer aber damals unbereinigtem den englischen Standpunkt in dieser Frage mit jenem der Anzoranregierung verglichen hat, dem konnte es nicht entgehen, daß die Mossulfrage dem Völkerbund noch schwere Sorgen bereiten werde, unbeschadet der Entscheidung des Haager Gerichtshofes, dem drei Fragen zur Begutachtung vorgelegt worden waren.

1. Welche Art von Entscheidung hat der Rat kraft Artikel 3 § 2 des Vertrages von Lausanne zu treffen? (Schiedspruch, Empfehlung oder Vermittlung.)
2. Muß die Entscheidung einstimmig sein oder kann sie mit Stimmenmehrheit erfolgen?
3. Dürfen die Vertreter der dabei interessierten Parteien an der Abstimmung teilnehmen?

England hat sich schon im September mit dieser Fragenstellung einverstanden erklärt, während der türkische Vertreter keinen Zweifel ließ, daß seine Regierung sich dazu absolut ablehnend verhalten werde. Die Türkei wollte von Anfang an höchstens eine vermittelnde Rolle des Völkerbundes anerkennen, und ihr Delegierter erklärte ganz offen, daß eine der Türkei ungünstige Entscheidung nicht akzeptiert werden würde. Zur Verhandlung im Haag hat die Türkei keinen Vertreter entsendet, um dadurch zu dokumentieren, daß sie an ihrem ablehnenden Standpunkte gegenüber einer autoritativen Intervention des Völkerbundes festhalte. Anlässlich der Eröffnung der letzten Session in der türkischen Nationalversammlung in Angora hat der türkische Staatspräsident Kemal Ghazi dann die Entschlossenheit der türkischen Republik zum Ausdruck gebracht,

in der Mossulfrage unter keinen Umständen nachzugeben. Die über jeden Zweifel erhabene Bedeutung des bestehenden Freundschaftsverhältnisses in der Mossulfrage zu Sowjetrußland, bestätigten vollends die Ansicht, daß die Mossulfrage gegenwärtig den gefährlichsten Punkt in der Weltpolitik einnehme.

Demgegenüber hat sich der Gerichtshof im Haag von der türkischen Regierung keineswegs einschüchtern lassen. Das Gutachten, das er dieser Tage erstattet hat, entspricht im großen und ganzen dem englischen Standpunkt. Dem Gutachten zufolge kommt der Entscheidung des Völkerbundes der Charakter eines Schiedspruches zu, die Entscheidung muß einstimmig getroffen werden, endlich kommen die Stimmen der beiden interessierten Parteien nicht in Betracht.

Nachdem sich die Angelegenheit bis zu diesem Punkt entwickelt hat, dürfte der Völkerbund kaum mehr in der Lage sein, dieselbe noch weiter dilatorisch zu behandeln. Außerdem kann fast mit Sicherheit angenommen werden, daß nicht der türkische Standpunkt, sondern der englische durchdringen dürfte. Der günstigste Fall für die Türkei wäre, daß kein einstimmiger Beschluß zustandekäme. Dann würde der Völkerbund als einfacher Vermittler weiterwirken. Die Entscheidung in der Mossulfrage aber liegt jetzt eigentlich bei Frankreich. Nur von ihm hängt der einstimmige Beschluß ab, von niemand anderem. Das englisch-französische Orientabkommen wird dabei seine Feuerprobe bestehen müssen. Bleibt dann noch immer die Frage offen, ob der Völkerbund schließlich die Türkei zwingen kann, sich ihrem Schiedspruch zu unterwerfen. Jedenfalls muß vorläufig noch mit dem äußersten Widerstand der Anzoranregierung gerechnet werden, der eventuell zu den letzten Konsequenzen einer gewaltsamen Weigerung führen kann.

Dann fällt die entscheidende Rolle den Beziehungen zwischen Angora und Moskau zu. Das Abrücken Russlands vom Völkerbund und von den europäischen Westmächten ist offenkundig. Durch die Behauptung der Existenz eines antirussischen Kartells in Europa will Moskau vielleicht im vornherein die Schaffung einer panasiatischen Koalition rechtfertigen. Zwischen Moskau und Kemal Ghazi bestehen auch militärische Vereinbarungen, und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Sowjets die Türkei in einen Krieg mit England hineinziehen. Wenn auch vorderhand den russischen Truppenbewegungen im Kaukasus, Turkestan und Bergana vielleicht nur ein demonstrativer Charakter zukommt, so richtet sich dieser doch ganz offenbar England und sein Kolonialsystem.

Im Schoße des Völkerbundes ist man sich des Ernstes der Lage und der großen Verantwortung voll auf bewußt. Verschiebt er noch einmal die Entscheidung, so verlängert er die Unruhe in Vorderasien, trifft er aber eine Entscheidung zugunsten der Türkei, dann leuchtet ihm schon heute die Flammezeichen einer möglichen kriegerischen Entwicklung entgegen, die zu verhindern zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört.

Das deutsche Vermögen in Amerika freigegeben!

New York, 4. Dez. Einer Meldung des „New York World“ aus Washington zufolge scheint es endlich zu einer Lösung der Frage des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Privatvermögens zu kommen. Die Schwierigkeit bestand bisher darin, daß die während des Krieges durch deutsche Kriegsmassnahmen geschädigten Amerikaner sich einer Rückgabe des deutschen Vermögens widersetzen, solange nicht ihre Ansprüche befriedigt worden seien.

Nach dem Plan, den die „New York World“ bekannt gibt, soll dieses Haupthindernis dadurch aus dem Wege geräumt werden, daß die amerikanische Regierung zur Befriedigung ihrer Staatsangehörigen, die Ansprüche an den deutschen Staat haben, eine Anleihe von 250 Millionen Dollar auslegt, deren Zinsen und Amortisation aus den den Vereinigten Staaten zustehenden Erträgen des Dawes-Planes hergestellt werden sollen. Aus den Erträgen der Anleihe-Zahlung und aus den bisher aufgelaufenen Zinsen des beschlagnahmten deutschen Vermögens, etwa 30 Millionen Dollar, sollen die amerikanischen Gläubiger Deutschlands sofort befriedigt werden.

Der Verzicht auf die bisher aufgelaufenen Zinsen des deutschen Vermögens in Amerika bedeutet allerdings ein Opfer, doch heißt es, daß die Anwälte der deutschen Eigentümer sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben. Ohne Entgegenkommen deutscherseits wäre eine befriedigende Regelung in absehbarer Zeit wohl kaum zu erreichen gewesen.

Das Einwanderungsverbot gegen Deutsche und Oesterreicher nach Australien ist aufgehoben worden. Als Termin der Aufhebung gilt der 4. Dezember. Für Neu-Guinea wird das Verbot weiter aufrechterhalten.

Heute Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 5. Dez. Das Rücktrittsgesuch des Reichskabinetts, das heute beschlossen werden wird, wird laut „Täglicher Rundschau“ dem Reichspräsidenten im Laufe des Nachmittags überreicht werden. Es sei nicht damit zu rechnen, daß der Reichspräsident sofort nach der Annahme der Rücktrittserklärung Auftrag zur Neubildung der Regierung erteilen werde. Voraussichtlich werde er erst in der nächsten Woche die Berufung zur Neubildung des Kabinetts ergehen lassen und zwar werde er sich, wie von dem Blatt sel. als bestimmt angenommen wird, an den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther wenden. Als einzig mögliche und deshalb auch wohl als wahrscheinlichste Lösung hält das Blatt die Koalition der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, die sich durch ihre Nichtanerkennung der Verträge von Locarno von der Regierungsteilnahme selbst ausgeschlossen hätten.

Berlin, 5. Dez. (Amstich.) Die Reichsregierung beschloß heute einstimmig, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission zu überreichen. Der Reichskanzler wird heute vormittag vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Nach der Unterzeichnung

Von Dr. Ritz, M. D. R.

Durch die in London erfolgte Unterschrift unter das Vertragswerk von Locarno ist für Deutschland eine Lage geschaffen worden, die sich in einem einzigen Satz erschöpfend kennzeichnen läßt: außenpolitisch ein beschleunigter Erfolg, innerpolitisch ein Scherbenhaufen. Die Erkenntnis dieser Lage gibt die politischen Aufgaben der nächsten Zeit an die Hand: Erweiterung des außenpolitischen Erfolges, Wegräumen der Scherben vom Felde der Innenpolitik.

Die positiven realpolitischen Erfolge in Locarno hätten allein nicht genügt, um die Zustimmung zu diesem Vertragswerk zu rechtfertigen. Dazu mußte schon noch ein erhebliches Maß optimistischen Vertrauens in die weitere Entwicklung der Dinge kommen. Die frühere Vergangenheit berechtigte zu einem solchen Vertrauen nicht, wohl aber der Wandel der ganzen politischen Meinung, der aus den ganzen nunmehr vollzogenen Vereinbarungen zu uns spricht. Aber auch hier gilt jetzt: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!

Die erste Tat, die wir erwarten dürfen, ist die sofortige beschleunigte und volle Räumung des Kölner Gebietes. War die Besetzung der Kölner Zone schon von Anfang an eine flagrannte Völkerrechtswidrigkeit, so wird sie nach Vollziehung des Vertrages von Locarno zum politischen Unsinn. Auch die Aufrechterhaltung der übrigen Besetzung deutschen Gebietes ist nach dem „Sicherheitspakt“ gegenstandslos geworden. Wenn zwei Staaten durch zweiseitigen, freiwillig eingegangenen Vertrag unter Gewährleistung dritter Mächte sich ihre Grenzen garantieren, so wird der jenseits dieser Grenze aufrechterhaltenen Besetzung fremder Gebiete jede Grundlage nach der rechtlichen und politischen Seite entzogen. Entweder vertragsmäßiger Schutz oder gewaltsamer Schutz; eine Kombination beider Systeme gibt es nicht. Wenn hier sichtbare Erfolge mit der Berringerung der Besatzungsstruppen und in Verkürzung der Räumungsfristen nicht von heute zu morgen in die Erscheinung treten, so muß man zur Erklärung hierfür berücksichtigen, daß es in Frankreich zum Teil noch schwieriger ist als bei uns, einen beachtlichen Teil des Volkes von der bisherigen politischen Einstellung abzubringen, der nicht das Recht, sondern die Gewalt als die einzige Norm im Gemeinschaftsleben der Völker betrachtet. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund anmelden wird, ist für die deutsche Regierung hinreichend Gelegenheit gegeben, sich über die positiven Ausblicke auf Erfüllung unserer berechtigten Erwartungen zu vergewissern. Als bald nach dem Eintritt in den Völkerbund wird dann das weitere außenpolitische Sanierungsprogramm mit Nachdruck zu betreiben sein, an dessen Spitze die beiden Punkte stehen müssen: Aufnahme Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte und Beseitigung des deutschen Luftverkehrs von den Einengungen und Hemmungen, die ihm bisher eine hysterische Angststimmung zu unserem und des Weltverkehrs Schaden auferlegt hat.

Man sieht, daß nach der Vollziehung des Vertrags die eigentliche Arbeit unserer Diplomaten und Außenpolitiker erst beginnt. Geleitet werden kann diese Arbeit nur von einer Regierung, die auch innerlich ganz auf dem Boden von Locarno steht. Wird eine solche Regierung zustande kommen? Vor der Hand stehen wir vor einem Scherbenhaufen, und es läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen, in welcher Zeit die Aufräumungsarbeiten gelingen werden.

Man sollte der Deutschen Volkspartei bei diesen Arbeiten den Vortritt lassen. Es wird viel zu wenig erkannt, daß die gegenwärtige Regierungskrise doch ein Scheitern der Politik der Deutschen Volkspartei bedeutet. Sie war es, die sich von der großen Koalition abwandte, weil sie eine unbezähmbare Sehnsucht nach rechts verspürte, weil sie glaubte, die Deutschnationalen hätten schon jetzt den Weg aus den Geißeln der Opposition in den Bereich der Staatsverantwortung gefunden. Nun, da die Deutschnationalen mit Steuergesetzen und Zolltarif wirtschaftspolitisch ihre Ernte in die Scheuern gebracht haben, kehren sie auf die Parteiwirbel der Opposition zurück und lassen ihren volksparteilichen Verbündeten allein. Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr in der Weile! Ja, die Regierungsbildung wird der Volkspartei noch manche Weir bereiten, und man sollte sich von Seiten der anderen Parteien nicht allzu eilig bemähen, für sie die Kasernen aus dem Feuer zu holen. In einem parlamentarischen reifen Lande würde die Regierungsbildung beim vorliegenden politischen Zustande nur wenige Stunden dauern. Die Parteien, die bei Locarno Träger des Wiederwillens waren und hinter der Regierung standen, sind die selbstverständlichen Träger auch der neuen